

## Zürich

## Keine Gratisnachhilfe vor der Prüfung

Kinder ärmerer Eltern sollten bei der Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium die gleichen Chance haben wie solche aus reichem Haus. Deshalb plante die Regierung öffentliche Kurse. Doch der Kantonsrat lehnte ab.

Von Ruedi Baumann

Zürich - Zwischen Zürichberg und Goldküste schafft es mehr als jeder dritte Schüler ans Gymnasium, in den kleinen Landgemeinden bloss jeder zehnte oder zwanzigste. Im Volksschulgesetz wollte der Regierungsrat deshalb freiwillige Vorbereitungskurse für Gymi-Aspiranten festschreiben: in der 6. Klasse der Primarstufe und in der 2. Klasse der Sekundarstufe je zwei Stunden im ersten Semester. Die Kosten hätten die Gemeinden übernehmen müssen. Der Kantonsrat hat diese Vorlage jedoch gestern bereits in der emotionalen Eintretensdebatte mit 91:73 Stimmen versenkt.

Für Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), den Präsidenten der Bildungskommission, gibt es eine «flourierende Bildungsindustrie für den Zugang zum und den Verbleib im Gymnasium». Nach Ansicht von Regierung und Kommission sollten bei Schülern Eignung und Fähigkeit den Ausschlag für die Aufnahme ans Gymi geben und nicht Herkunft, Region, Geld und Ambitionen der Eltern. Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) verglich die Vorbereitungskurse mit dem Training eines Sportlers. «Nur wer trainiert, erreicht Leistung.»

## Keine höhere Maturitätsquote

Eine klare Mehrheit - SVP, FDP, GLP und BDP - sah das völlig anders. Nach Ansicht der jungen Kantonsrätin Anita Borer (SVP, Uster) sind die Kurse eine «typische sozialpolitische Idee». Schüler, die es nicht aus eigenem Antrieb ins Gymi schafften und sich nicht selbst im Internet oder einer Bibliothek weiterbildeten, «fliegen eh wieder raus oder überschwemmen die Unis». Statt allen teure Nachhilfe anzubieten, möchte Hans Peter Amrein (SVP, Küsnacht) lieber früh die Spreu vom Weizen trennen. «Sonst züchten wir nur unnötige Bildungspolitiker und arbeitslose Akademiker heran, statt tüchtige Handwerker auszubilden.» Bildungsdirektorin Aeppli betonte vergebens, dass es um einen Ausgleich der Chancen gehe und nicht um eine Steigerung der Maturitätsquote.

Nach Ansicht von Sabine Wettstein (FDP, Uster) muss bei Schülern wieder «Durchhaltewillen und Biss» für eine Karriere ausschlaggebend sein und nicht bloss Fleiss, Drill und Ehrgeiz der Eltern. Die FDP störte zudem, dass alle Gemeinden zu diesen Kursen verpflichtet werden sollten, sobald sich mindestens ein Schüler anmeldet.

Mehrere Gegner der Neuerung warfen der Bildungsdirektion vor, die Not-



Zwei Stunden Nachhilfe pro Woche sollten die Gemeinden bezahlen. Das Kantonsparlament ist dagegen. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

wendigkeit der Kurse beweise, dass mit dem bestehenden System etwas faul sei. «Wenn Schüler plötzlich 40 Zusatzstunden pro Jahr brauchen, um die Prüfung ans Gymi zu schaffen, dann müssen die Prüfungskriterien oder der Lehrplan geändert werden», sagte Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf). Und Andreas Erdin (GLP, Wetzikon) befürchtete, dass besonders ehrgeizige Eltern ihre Schüler in Vorbereitungskurse für die Vorbereitungskurse schickten.

## Kinder vom Land benachteiligt

Für Markus Bischoff (AL, Zürich) zeigten die Gegner eine «erschreckende Bildungsfeindlichkeit». Von einer Akademikerschwemme sei keine Rede, vielmehr müsse man heute Ärzte aus dem Ausland importieren, «die bei uns nicht mal das Gymi schaffen würden». Mattea Meyer (SP, Winterthur) sagte: «Nicht das Portemonnaie der Eltern soll entscheiden.» Und Res Marti (Grüne, Zürich) forderte: «Die Besten gehören ans Gymi, die Kinder vom Land sind stark benachteiligt.»

Kommentar Von Daniel Schneebeili

## Nachhilfe bringt keine Gerechtigkeit

Aus der Nachhilfe für alle, die ans Gymnasium wollen, ist nichts geworden. Das ist vermeintlich eine schlechte Nachricht für Unterschichtkinder, die benachteiligt sind, wenn die Plätze an den Mittelschulen verteilt werden. Weil sie zu Hause keine Hilfe erhalten, weil sich ihre Eltern keine Drillkurse leisten können, schaffen sie den Sprung ins Gymi nicht, obwohl sie das Zeug dazu hätten. Doch wären die Chancen der benachteiligten Kinder mit den Vorbereitungskursen wirklich gestiegen? Dies wäre vielleicht der Fall, wenn gleichzeitig die Gymiquote erhöht würde. Doch das wird nicht geschehen, wie Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) gestern einmal mehr bekräftigte. Darum müsste für jeden Gymischüler

aus sogenannt bildungsfernen Schichten einer vom Zürichberg weichen. Dass dies eintritt, glaubt wohl niemand. Nachhilfe für alle würde nur die Gymihysterie weiter anheizen. Zahlungskräftige Eltern würden fürs Lernstudio noch tiefer in die Tasche greifen, ihre Kinder müssten darunter leiden - und am Ende wären immer noch die Gleichen benachteiligt.

Die angestrebte Chancengerechtigkeit ist zwar ein hehres Ziel, aber eine Illusion. Die öffentliche Schule sollte sich darauf beschränken, alle Kinder im Unterricht angemessen zu fördern - auch jene, die nicht mit den besten mithalten können. So werden sie den Mut nicht verlieren und nach der Schule eine gute Lehrstelle finden.

## Volk entscheidet über Ausländerstimmrecht

Zürich - Ein derart bescheidener Antrag zum Ausländerstimmrecht ist noch nie zur Debatte gestanden im Kanton Zürich - und trotzdem lehnte ihn der Kantonsrat gestern mit 93 zu 68 Stimmen ab. Die Volksinitiative «Für mehr Demokratie» sieht vor, dass Gemeinden Ausländern ein fakultatives Stimm- und Wahlrecht einräumen können, wenn diese mehr als zehn Jahre in der Schweiz und drei Jahre in der Gemeinde leben. Die politischen Rechte gelten allerdings nur für kommunale Abstimmungen oder Ämter - und nur, wenn die Mehrheit der Bürger das möchte. Zudem muss jeder abstimmungswillige Ausländer einen Antrag stellen, um in den Genuss des Stimm- und Wahlrechts zu kommen. So bescheiden sei das Ziel der Initiative, sagte Regierungsrat Martin Graf (Grüne) gestern im Kantonsrat, dass sie fast schon wieder Probleme mache: Weil sie den Gemeinden die Entscheidung überlasse, werde die Situation unübersichtlich. Zudem schaffe man unterschiedliche Klassen von Stimmberechtigten.

Dieser Argumentation schlossen sich SVP, FDP, BDP, CVP und EVP an. Ihnen genügt der Status quo, der Ausländer zwingt, sich einzubürgern, wenn sie die politischen Rechte erlangen wollen. «Was könnte denn der Grund sein, sich nach zehn Jahren in der Schweiz nicht einbürgern zu lassen?», fragte Dieter Kläy (FDP, Winterthur). SP, Grüne, GLP, AL und CSP setzen sich für diesen «kleinsten möglichen Schritt» (Davide Loss, SP, Adliswil) in Richtung Ausländerstimmrecht ein, das in manchen Westschweizer Kantonen längst Realität ist. Nun muss das Zürcher Stimmvolk über die Vorlage entscheiden. (lop)

## Gestern im Kantonsrat

## Neuer Kantonsrat.

Für Stefan Krebs (SVP, Pfäffikon), der aus beruflichen Gründen zurücktrat, ist gestern Reinhard Fürst (62) nachgerückt. Der gelernte Automechaniker ist und bleibt auch Stadtrat (Bauvorstand) in Illnau-Effretikon.



Reinhard Fürst.

## 195 Millionen für die Uni Irchel.

Mit 117:51 Stimmen hat der Rat einen Kredit von 195 Millionen Franken bewilligt für zwei neue Gebäude der Institute der Chemie an der Universität Irchel. Die SVP verlangte eine Kürzung des Kredits um zehn Prozent, FDP und CVP wollten den Kredit um fünf Prozent reduzieren, weil in Zürich oft zu teuer gebaut werde. Sie setzen sich aber nicht durch. Die neuen Labors sollen Raum schaffen für die Verlegung der Chemie, die noch immer in den Gebäuden von 1978 untergebracht ist. Zudem ermöglichen sie die Gesamtanierung der anderen Gebäude der Uni Irchel.

## Kein Spezialtarif für Querulanten.

Mit knappen 80 zu 79 Stimmen lehnte der Kantonsrat gestern eine Motion von Franco Albanese (CVP, Winterthur) und zwei weiteren bürgerlichen Räten ab, die den Urhebern von missbräuchlichen und querulatorischen Baueinsparungen höhere Verfahrenskosten aufbürden wollten. GLP, SP und Grüne sprachen sich gegen diese Sonderregelung in Bauverfahren aus.

## Versand von Propaganda für alle.

Mit 92 zu 69 Stimmen lehnte es der Kantonsrat ab, die Gemeinden bei Verhältniswahlen zu verpflichten, Wahlunterlagen aller teilnehmenden Parteien zu versenden. Dies, um jene zu unterstützen, die sich einen eigenen Versand nicht leisten können. SP, Grüne, BDP, und CVP hatten sich für «gleich lange Spiesse» ausgesprochen. (rba/lop)

## Gesehen &amp; gehört

## Sind «Husi»-Lehrerinnen «fuuli Trucke»?

Nur noch wenige Tage bleiben bis zum Abstimmungssonntag. Das setzt SVP-Kantonsrat Matthias Hauser unter Zeitdruck, der sich für die Verschiebung der Rüebli-RS («Husi») vom vierten ins erste Gymi einsetzt. Er hat Mühe, verständlich zu argumentieren, hat es nicht einmal geschafft, die eigene Partei zu überzeugen. In Details habe er sich verloren und die Redezeit überzogen, ärgert sich Hauser über sich selber: «Das war ein unmögliches Referat!» Als Hauptgrund für seine Niederlage im Rededuell mit Landfrau Margreth Rinderknecht sieht Hauser aber etwas anderes: «Ich war nicht polemisch.» Das hat Hauser am vergangenen Freitag auf seinem Blog nachgeholt: Dort schreibt er: «Den «Husi»-Lehrerinnen geht es nur um den Erhalt ihrer Luxusstellen, auf Mundart würde

man sagen: Stellen für fuuli Trucke.» Die «Husi»-Lehrerinnen würden im Jahr nur neun dreiwöchige Kurse durchführen und dafür den vollen Lohn eines Mittelschullehrers kassieren - und das mit einer Sekundarlehrausbildung.

\*

Hausers Blogbeitrag hat auch die grünliberale Kantonsrätin und Ex-«Husi»-Lehrerin Denise Wahlen gelesen. «Eine Frechheit», sagt sie. «Husi»-Lehrerinnen seien in der Rüebli-RS rund um die Uhr an der Arbeit und würden auf ein Privatleben verzichten. Beim Lohn ist Hauser nicht nur polemisch, er liegt sogar falsch: Eine «Husi»-Lehrerin verdient nicht gleich viel wie ein Mittelschullehrer, sondern weniger als Sekundarlehrer Hauser selber. «Husi»-Lehrerinnen werden in Lohnklasse 20 ent-

schädigt, Seklehrer in der Klasse 21 und Mittelschullehrer in der Klasse 22. Er sei von SVP-Bildungsrat Samuel Ramseyer falsch informiert worden, sagt Hauser dazu. Die Nachfrage bei Ramseyer ergibt ein anderes Bild. «So ein Mist!», meint Ramseyer, der gegen die Verschiebung der «Husi» und an Polemik nicht interessiert ist. Er habe Hauser gesagt, eine «Husi»-Lehrerin habe den Status einer Mittelschullehrerin. «Das hat mit Geld nichts zu tun.»

\*

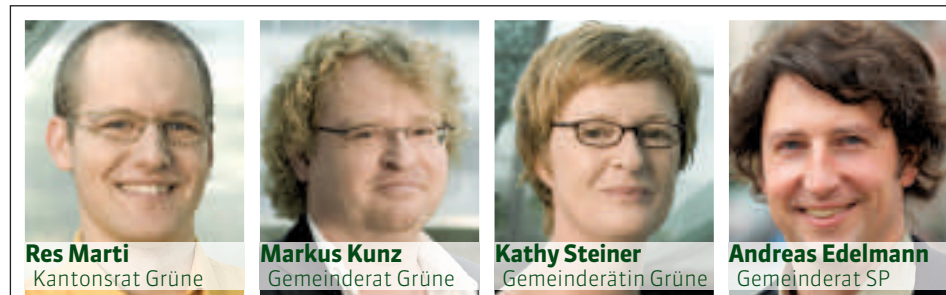
Hausers Blog war gestern nicht der einzige Aufreger für Denise Wahlen. Im Mitteilungsblatt des Mittelschullehrerverbandes Zürich (MVZ), das gestern im Kantonsrat für alle auflag, ist eine achtseitige Werbebotschaft für die Verschiebung der «Husi» abgedruckt -

inklusive Seitenhieb gegen Denise Wahlen. Was MVZ-Präsident Rolf Bosshard wahrscheinlich nicht weiss, Wahlen ist auch Mitglied in seinem Verband - nach diesem Bericht aber nicht mehr lange: Sie wird austreten.

\*

Bleibt noch die Frage, ob Matthias Hauser mit dem Begriff «fuuli Trucke» nicht zu weit gegangen ist. Nach eigenen Angaben hat er extra im Mundartlexikon nachgeschaut. «Fuuli Trucke» sei etwas despektierlich, aber noch vertretbar. Einziger Schwachpunkt: «Der Begriff bezieht sich ausschliesslich auf Frauen, obwohl in der «Husi» auch Männer unterrichten.» Für Männer hat Hauser aber «leider» nichts ähnlich Despektierliches gefunden. Daniel Schneebeili

Anzeige



Res Marti  
Kantonsrat Grüne

Markus Kunz  
Gemeinderat Grüne

Kathy Steiner  
Gemeinderätin Grüne

Andreas Edelmann  
Gemeinderat SP

# Mehr Wohnen in Zürich

## JA zu bezahlbarem UND ökologischem Wohnen!

www.bezahlbare-wohnungen.ch

wohnbewegungen schweiz  
regionalverband zürich

SP

CVP

EVP

GRÜNE

Abstimmung  
3. März 2013

artischok.net

# **Gymnasium Keine Gratisnachhilfe vor der Aufnahmeprüfung, TA vom 26. 2.**

**Auch «Unterschichtkinder» schaffen Sprung ins Gymnasium.** Ich habe die Aufnahmeprüfung fürs Langzeitgymnasium letztes Jahr absolviert, den Eintritt ins Gymi geschafft und dieses Jahres auch die Probezeit bestanden. Mit den Vorbereitungen für die Aufnahmeprüfungen begann ich bereits 2011, während der Sommerferien. Es war für mich selbstverständlich, dass ich nach den Ferien die von unserer Volksschule angebotenen Gymi-Vorbereitungslektionen besuche. Dank dieser Massnahmen, der guten Vorbereitung durch die Volksschule, der elterlichen Unterstützung und meinem persönlichen Einsatz konnte ich ins Gymi übertreten. Somit kann ich die im TA-Artikel aufgeführten Argumente gegen diese erfolgreiche Vorbereitungsart nicht nachvollziehen. Besonders verwundert hat mich die Aussage einer Kantonsrätin: «Schüler, die es nicht aus eigenem Antrieb ins Gymi schafften und sich nicht selbst im Internet oder einer Bibliothek weiterbildeten, fliegen eh wieder raus oder überschwemmen die Unis.» Weder ich noch meine Kollegen kämen auf die Idee, die Vorbereitung über diese Wege anzugehen. Leider habe ich keine Zeit, eine Umfrage an meiner Schule zu den interessanten Ansichten einiger Kantonsräte über uns zu starten. Ich würde mir sehr wünschen, dass die Politikerinnen und Politiker, bevor sie einen derartigen Entscheid fällen, sich direkt bei uns informieren.

Zum Kommentar in der gleichen TA-Ausgabe («Nachhilfe bringt keine Gerechtigkeit») steuere ich gerne ein Gegenbeispiel bei: Der Autor schreibt, dass «Unterschichtkinder» den Sprung ins Gymi nicht schaffen, «weil sie zu Hause keine Hilfe erhalten, weil sich ihre Eltern keine Drillkurse leisten können». Mein Vater, ein Migrantenkind, schaffte vor gut dreissig Jahren den Sprung ins Gymnasium - weil er einerseits von den Volksschullehrpersonen und andererseits von seinen bildungsfernen Eltern mit Wohlwollen unterstützt wurde. Das war damals ein selbstverständlicher Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

*Kâmil Güzelgün, Zürich,  
Schüler Gymnasium Freudenberg*